

Pauschalen für Hörgeräte sollen erhöht werden

IV-Bezüger erhalten einen höheren Beitrag an Hörgeräte als AHV-Rentner. Das ist ungerecht, findet das Parlament.

BERN Nach dem Ständerat hat gestern auch der Nationalrat eine Motion von FDP-Ständerat Josef Dittli (UR) angenommen – mit 118 zu 52 Stimmen bei 14 Enthaltungen.

Die Vergütung von Hörgeräten im Rentenalter sei eine wichtige Versicherungsleistung der AHV, da sie einen wertvollen Beitrag zur Lebensqualität im Alter leiste, sagte Kommissionssprecherin Yvonne Feri (SP, AG) im Namen der Mehrheit. Anders als der Ständerat will der Nationalrat aber keine vollständige Angleichung an die Leistungen der IV. Den unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Versicherungen – die AHV als Rentenversicherung, die IV als Eingliederungsversicherung – solle Rechnung getragen werden, sagte Feri.

Den ursprünglichen Motionstext änderte die grosse Kammer deshalb dahingehend ab, dass die AHV einen Kostenbeitrag an die Versorgung beider Ohren leistet. Dieser Betrag soll 75 Prozent des IV-Betrags entsprechen. Der Kostenbeitrag der IV für die Versorgung beider Ohren entspricht 1650 Franken, jener der AHV soll daher 1237,50 Franken betragen. Heute bezahlt die AHV pauschal 630 Franken, und dies nur für ein Ohr. *sda*

Express

Besserer Schutz vor Strahlen

BERN Bei Laserpointern, Medizinlasern oder in Solarien können gefährliche Strahlen zum Einsatz kommen. Mit einem neuen Gesetz soll die Bevölkerung besser davor geschützt werden. Der Nationalrat hat die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Damit ist das Gesetz bereit für die Schlussabstimmung. *sda*

Keine Umfrage zum Vaterschaftsurlaub

BERN Nachdem die Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub zustande gekommen ist, beschäftigte das Thema auch den Nationalrat. Dieser lehnte gleich mehrere Vorstösse ab. So wurde verlangt, dass der Bundesrat eine Kosten-Nutzen-Analyse zu diversen Elternzeitmodellen erstellt. Die frühere Nationalrätin Aline Trede (Grüne, BE) forderte vom Bundesrat zudem eine Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz. *sda*

Gegen Gentechnik in der Landwirtschaft

BERN Gentechnik in der Landwirtschaft bleibt für das Bundesparlament ein rotes Tuch. Das Gentechnoratorium in der Landwirtschaft wird um vier Jahre verlängert. Die Vorlage, die nun in die Schlussabstimmung kommt, bringt als einzige Neuerungen ein Umweltmonitoring und Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das Gentechnikgesetz. *sda*



Bundespräsidentin Doris Leuthard stand in ihrer Predigt dazu, dass die Stimmung zwischen Landesregierung und der Eidgenössischen Finanzkontrolle – namentlich deren Direktor Michel Huissoud – nicht gerade himmlisch ist.

Bild Keystone

Gott, erlöse uns von den Bürokraten!

Bundespräsidentin Doris Leuthard sprach im Ständerat unverblümt über den Zoff zwischen Bundesrat und Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle ist gar nicht der liebe Gott. Schade.

Fabian Schäfer

BERN Sie muss es ja wissen. Doris Leuthard, einzige Bundesrätin und Ex-Präsidentin der CVP, die christlichdemokratische Leitfigur schlechthin, verkündete gestern im Ständerat: «Die EFK ist nicht der liebe Gott.» Also doch! Die EFK ist die Eidgenössische Finanzkontrolle, das oberste Aufsichtsorgan über die Verwaltung. Ihre 113 Angestellten tun zwar oft päpstlicher als der Papst, aber zum lieben Gott reicht es dann doch nicht. Sagt Leuthard.

Die Bundespräsidentin stand in ihrer Predigt dazu, dass die Stimmung zwischen Landesregierung und EFK – namentlich deren Direktor Michel Huissoud – nicht

gerade himmlisch ist. Verpackt zwischen diplomatisch netten Worten zeigte Leuthard gegenüber der Aufsicht null Nachsicht: «Wir bemühen uns weiter, mit Herrn Huissoud das Gespräch zu suchen, und hoffen, er höre dann dem, was wir sagen, auch zu und beharre nicht nur auf dem, was er meint. Voilà!» – «Touché!» hätte besser gepasst. Dass sich Aufseher und Beaufsichtigte ab und an zoffen, liegt in der Natur der Sache. Trotzdem fällt die Heftigkeit des öffentlichen Angriffs auf. Woher kommt der magistrale Ärger, dem Leuthard in der – normalerweise staubtrockenen – Debatte zum Geschäftsbericht des Bundesrats plötzlich Luft machte? Bundesräte und Amtschefs nerven sich, weil die EFK oft und gern mit den Medien kom-

muniziert und dabei an der Verwaltung herumrörgelt. Echt verärgert hat Huissoud den Bundesrat aber, als er kurz vor der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform im Februar einen kritischen Bericht über die bundesrätlichen Botschaften herausgab, der eine Steilvorlage für die Gegner war. Viele in der Verwaltung fluchten auch über die zahllosen «Empfehlungen» der EFK. Vielleicht übertreibt sie hier wirklich. Denn zurzeit sind laut SVP-Ständerat Peter Föhn sage und schreibe 1500 dieser Empfehlungen offen.

1500? Und die sollen alle geprüft, umgesetzt und wieder kontrolliert werden? Das ist das reinste bürokratische Gefegfeuer. Leuthard hat recht. Die EFK ist nicht der liebe Gott. Dem reichen 10 Gebote.

Importverbot für Foie Gras gefordert

Der Nationalrat fordert ein Importverbot für sämtliche tierquälerisch erzeugten Produkte. Jetzt ist der Ständerat an der Reihe. Definitiv vom Tisch ist ein Importverbot für Jagdtrophäen.

BERN Der Nationalrat fordert ein Importverbot für sämtliche tierquälerisch erzeugten Produkte. Er hat eine Motion von Matthias Aebischer (SP, BE) mit 97 zu 77 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Stimmt auch der Ständerat dem Vorstoss zu, muss der Bundesrat die rechtlichen Grundlagen für ein Importverbot von Produkten wie Stopfleber und Froschschenkel erarbeiten.

Das Landwirtschaftsgesetz ermögliche es, den Import von Tierprodukten einzuschränken oder zu verbieten, die mit in der Schweiz verbotenen Methoden produziert würden, hielt Aebischer im Rat fest. Dennoch würden nach wie vor zahlreiche tierquälerisch erzeugte Produkte eingeführt.

Bedenken des Bundesrats

Bundesrat Alain Berset sagte, er verurteile «solche Praktiken». Ein generelles Importverbot würde der Problematik aber nicht gerecht. Beim Vollzug müsste festgestellt werden können, wie Produkte im Ausland hergestellt würden, was sich als schwierig bis unmöglich erweisen dürfte, argumentierte er. Der Aufwand wäre

sehr hoch. Ausserdem wäre aus Sicht des Bundesrates auch ein solches Verbot mit internationalem Recht wohl nicht vereinbar. Trotz dieser Bedenken verhalf die Ratslinke mit Unterstützung von vielen Bauernvertretern dem Vorstoss zum Halbzeiterfolg.

Noch hängig sind weitere Vorstösse zum Thema. So fordert eine Motion von Maya Graf (Grüne, BL), den Import

von lebenden Hummern zu verbieten. Dies lehnt der Bundesrat ab.

Er begründet das damit, dass ein solches Verbot wohl nicht mit dem bilateralen Veterinärabkommen mit der EU vereinbar wäre. Ausserdem würden aus handelsrechtlicher Sicht hohe Anforderungen an Importverbote gestellt. Die Regierung hat im letzten Jahr aber eine Verordnungsänderung in

die Wege geleitet, wonach Hummer, Langusten und Krabben künftig betäubt werden müssen, bevor sie im Kochtopf landen. Bereits gutgeheissen hat das Parlament eine Forderung von Guillaume Barazzone. Der Genfer CVP-Nationalrat verlangte mit seiner Motion härtere Strafen für den illegalen Handel mit bedrohten Arten. Dieser soll neu als Verbrechen eingestuft werden. *sda*

Bedrohte Tierarten

Jagdtrophäen von Elefanten und Eisbären bleiben erlaubt

+ Der Nationalrat will den Import von Jagdtrophäen bedrohter Tierarten wie Elefanten oder Eisbären nicht verbieten. Er hat eine Motion aus den Reihen der Grünen abgelehnt. International abgestützte Massnahmen nützen mehr als Importverbote einzelner Staaten, argumentierte eine Mehrheit. Die grosse Kammer lehnte die Motion mit 118 zu 72 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Damit ist das Geschäft vom Tisch. Nationalrätin Maya Graf

(Grüne, BL), die den Vorstoss ihrer ehemaligen Berner Ratskollegin Aline Trede erfolglos vertrat, sieht in einem Verbot die einzige Möglichkeit, den Irrsinn zu stoppen. Hobbyjäger – auch rund 1500 Schweizer pro Jahr – reisten um den Globus, um seltene Tiere zu erlegen, kritisierte sie. Dabei würden Waffen und Methoden eingesetzt, deren Verwendung in der Schweiz aus Tierschutzgründen verboten sei, etwa Pfeilbögen. *sda*



Das Leiden der Gänse bei der Stopfleberproduktion. Bild Keystone

Schweiz sagt Ja zum Pariser Abkommen

Die Schweiz kann das Pariser Klimaabkommen ratifizieren. Der Ständerat hat sich klar dafür ausgesprochen.

BERN Der Ständerat stimmte gestern mit 39 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Ratifikation des Klimaabkommens. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmungen. Der Antrag von SVP-Vertretern, das Ziel zur Reduktion der CO₂-Emissionen tiefer zu setzen, war chancenlos.

Kritisiert wurde im Ständerat der Entscheid von US-Präsident Donald Trump, aus dem Abkommen auszusteigen. Der «himmelschreiende Trump-Entscheid» habe zu Recht die ganze Welt erschüttert, sagte Beat Vonlanthen (CVP, FR). Pascale Bruderer (SP, AG) zeigte sich überzeugt, dass Trump sich mit dem Entscheid ins eigene Fleisch schneidet und die US-Wirtschaft schwächt. Viele Redner wiesen darauf hin, dass die Schweiz als Alpenland besonders vom Klimawandel betroffen sei.

Massnahmen standen gestern nicht zur Diskussion. Darüber wird das Parlament bei der Revision des CO₂-Gesetzes entscheiden. Umstritten ist, wie stark die Schweiz den CO₂-Ausstoss mit Massnahmen im Inland reduzieren soll. *sda*

Der Nationalrat hat ein Herz für Mütter

Bleibt ein Neugeborenes mehr als drei Wochen im Spital, soll die Mutter länger Mutterschaftsentschädigung erhalten.

BERN Heute kann eine Frau zwar um einen Aufschub der Mutterschaftsentschädigung ersuchen, wenn ihr Neugeborenes länger im Spital bleiben muss. Sie darf aber in den acht Wochen nach der Niederkunft nicht arbeiten. Damit hat sie bis zur Ausrichtung der Mutterschaftsentschädigung kein gesichertes Einkommen.

Hier bestehe eine gesetzliche Lücke, es gebe Handlungsbedarf, sagte Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) im Namen der vorberatenden Kommission. Deshalb soll der Bundesrat im Rahmen der Erwerbsersatzordnung eine Bestimmung vorschlagen, damit die Mutterschaftsentschädigung verlängert werden kann. Für die Entschädigung soll eine Höchstdauer festgelegt werden. Die Kosten der Anpassung seien mit 4 bis 5 Millionen Franken pro Jahr überschaubar, sagte Schmid-Federer. Von den etwa 80000 Neugeborenen pro Jahr müssten rund 1000 mehr als drei Wochen hospitalisiert werden.

Motion angenommen

Der entsprechenden Motion hat der Nationalrat gestern als Zweitrat zugestimmt. Der Entscheid fiel mit 113 zu 67 Stimmen bei einer Enthaltung.

Die neue Bestimmung findet nur dann Anwendung, wenn die betroffenen Frauen weiterhin arbeiten. Zudem wird die Verlängerung begrenzt. Laut Bundesrat Alain Berset soll es zwischen 45 und 56 zusätzliche Taggelder geben. *sda/pd*